

rechte Wohnraumförderung mit Bundes- und Landesmitteln um weitere fast 35 Millionen Euro zu verstärken. Das ist genau der richtige Ansatz.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf wird Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne bringen. Der wird Nordrhein-Westfalen weiter zum Aufsteigerland machen, und vor allen Dingen wird er den Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz konkret nützen. Deswegen werbe ich am Ende um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Jetzt spricht Herr Zimkeit für die SPD-Fraktion. Er hat sich noch mal zu Wort gemeldet, und dann soll das auch so sein. Bitte schön, Herr Kollege Zimkeit. Sie haben 44 Sekunden.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Machen Sie sich keine Sorgen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich mache mir nie Sorgen – also wegen Ihnen nicht.

(Heiterkeit)

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Die anderen durften doch auch die Redezeit überschreiten. – Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kollege Lienenkämper, Sie haben einen Fehler gemacht, den Landesregierungen oft vor einer Wahl machen. Sie haben Kritik an der Politik einer Landesregierung gleichgesetzt mit Kritik an den Menschen im Land.

(Beifall von der SPD)

Gleichsetzen mit dem Staat tun sich aber sonst nur Monarchien und nicht demokratisch gewählte Regierungen.

Sie haben vollkommen recht: Es gibt sehr viele engagierte Menschen in Nordrhein-Westfalen, die aus der Krise herauskommen wollen und viel dafür tun. Das Problem ist: Sie hören ihnen nicht zu. Sie unterstützen sie nicht genug, sondern Sie lassen sie alleine. Und das ist keine Kritik an den Menschen im Land, sondern nur an einer schlechten Regierungspolitik. – Schönen Dank. – Und jetzt hätte ich noch fünf Sekunden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Zimkeit. Die fünf Sekunden werden natürlich nirgends angerechnet. Wie wir alle wissen, verfallen die jetzt. Aber immerhin, das ist Rededisziplin. Vielen Dank dafür.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir stimmen jetzt nicht ab. Wie vereinbart wird erst ab 14 Uhr wieder abgestimmt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15703 und die Änderungsanträge der Fraktion der AfD Drucksachen 17/15740 bis 17/15744.

Die Aussprache ist eröffnet. Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Ganzke das Wort. Bitte schön.

Kann man mich mit Maske überhaupt gut verstehen?

(Zurufe: Ja!)

Ich bin nämlich der Erste, der hier heute mit Maske sitzt. Es tut mir leid. Ich bitte um Verständnis. Ich möchte das persönlich jetzt so halten und habe meine Gründe dafür. Die sind aber nicht schlimm – also außer dass alles schlimm ist. – Herr Ganzke, jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, ich kann Ihnen sagen, ich habe meinen Namen gehört, als Sie mir das Wort erteilt haben. Das bedeutet erstens, ich höre noch ein bisschen etwas, und zweitens, Sie können sich hier auch noch verständlich machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren hier jetzt um kurz nach 13 Uhr den Teilhaushalt für den Bereich Innen. Nun habe ich gerade mal Christos Katzidis kurz gefragt: Sag mal, Christos, was wirst du denn in deiner Rede so sagen? – Da sagte er: Mensch, das sollte dich nicht überraschen, ich werde mal diesen Haushalt abfeiern. – Das waren, glaube ich, gerade deine Worte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund: Ja, in diesem Jahr werden wir wieder einen Haushalt bekommen mit hohen Einstellungszahlen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Diese sind hinterlegt, und das ist gut so.

Zweitens. Ja, dieser Haushalt ist mit viel Geld hinterlegt, damit die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen einen guten Job für unsere Sicherheit machen können. Auch das ist richtig und wichtig.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

– Beifall an der Stelle finde ich gut, Marc Lürbke.

Haushaltsplanberatungen sind aber gerade auch immer die Zeiten, um zu schauen: Was steckt hinter diesen Zahlen? Man guckt sich dann die hinter den

Zahlen stehende Politik an, nämlich auch mal den Politikansatz der Regierung, um Politik für das Land Nordrhein-Westfalen zu machen.

Eines vorweg – das habe ich auch im Innenausschuss gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen –: Geld, auch viel Geld, macht für sich zwingend erst einmal überhaupt keine Politik. Geld macht keine Politik, sondern die Frage ist immer: Was ist der Politikansatz?

Politik, das wissen wir alle, regelt insbesondere das öffentliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger. Aber Politik wird in der Wissenschaft auch als die Überlegung der Willensbildung und Entscheidungsfindung über Angelegenheiten des Gemeinwesens bezeichnet.

Schauen wir einmal, was gerade diese Regierung in diesem Jahr hierzu getan und was für eine Politik sie gemacht hat. Dazu habe ich mir vier Punkte herausgesucht.

Erster Punkt: Diese Regierung hat in diesem Jahr versucht und versucht immer noch, ein Versammlungsgesetz auf den Weg zu bringen. Nicht nur wir seitens der SPD-Opposition, sondern auch viele Menschen in Nordrhein-Westfalen sagen: Das, was bis jetzt vorgelegt wurde, ist eher ein Versammlungsverhinderungsgesetz als ein Versammlungsgesetz.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Das ist der Unterschied zu dem Versammlungsfreiheitsgesetz, lieber Kollege Lürbke, das wir seitens der SPD-Fraktion vorgelegt haben. Wir haben gesagt: Wenn ihr da mitmacht, dann können wir das Versammlungsfreiheitsgesetz sofort beschließen.

Ich habe gehört, CDU und FDP sind in großen Auseinandersetzungen – oder Diskussionen heißt es bei euch –, um zu sehen, dass ihr möglicherweise Vorschläge zu diesem Versammlungsgesetz macht. Ich glaube aber, dass dieser Politikstil in Nordrhein-Westfalen nicht ankommt. Das zeigen gerade die überwiegend friedlichen Demonstrationen gegen dieses Versammlungsgesetz, das Sie, Herr Minister, eingebracht haben.

Ich meine auch, dass man so mit den überwiegend jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstrationen nicht umgehen kann. Die sagen uns und der Politik klar: Was da vorgelegt wird, stärkt nicht die Freiheit, sich zu versammeln, sondern ist eher der Versuch, die Versammlungsfreiheit einzuschränken.

(Marc Lürbke [FDP]: Ah!)

Zweiter Punkt: Die größte Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen, die GdP, teilt in ihren Pressemitteilungen nicht umsonst mit, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gerade in einen Einsatz mit über 1 Million Dienststunden getrieben wor-

den sind. Wir wissen alle, wovon ich rede: dass nämlich die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dafür gebraucht wurden, um einen politischen Konflikt, den Konflikt im Hambacher Forst, zu lösen.

(Sven Wolf [SPD]: Genau!)

Lieber Herr Minister, es gehört sich nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen, die für unsere Sicherheit arbeiten, in diesen Einsatz getrieben worden sind und miterleben mussten, was ihnen entgegenschlägt. So geht man in seinem Politikstil nicht mit den Menschen um. Das war der größte Einsatz der Polizei hier in Nordrhein-Westfalen. Auch hier gilt: Politische Konflikte löst man politisch, aber nicht mithilfe der Polizei.

(Beifall von Sven Wolf [SPD])

Das ist der zweite Ansatz in diesem Bereich.

Dritter Ansatz: Wie sah es denn bei der Hochwasserkatastrophe, die auch in Nordrhein-Westfalen viele Opfer gefordert hat, aus? – Jetzt wird im Bereich des Ministeriums der Kollegin Scharrenbach diskutiert. Wir waren die ersten, die im Innenausschuss auch in Sondersitzungen versucht haben, einen ersten Teil an Informationen zu erhalten und aufzuklären. Dazu sage ich das, was wir als Fraktion damals schon geäußert haben: Was muss in Nordrhein-Westfalen denn noch passieren, bevor ein Krisenstab hier in diesem Lande eingerichtet wird?

Herr Minister, ich muss Ihnen sagen: Die Handlung damals war falsch. Aber ich habe auch mitbekommen, dass Sie gesagt haben, mit dem Wissen von später wäre es höchstwahrscheinlich besser gewesen, einen Krisenstab einzurichten. Das finden wir auch.

Jetzt sind wir dabei, in einem Untersuchungsausschuss Aufarbeitung zu betreiben. Aber da jetzt ein anderes Ministerium für die Entschädigungsgelder zuständig ist, müssten Sie mit Ihrer Kollegin Ina Scharrenbach auch einmal sprechen, denn das läuft alles andere als gut. Es läuft viel zu schleppend, was da zurzeit abgeht.

(Beifall von Sven Wolf [SPD])

Auch das ist eine Frage von Politikverständnis, wie man mit den Bürgerinnen und Bürgern umgeht.

(Zuruf)

Lassen Sie mich noch sagen, dass wir im Bereich Politikverständnis die Bemühungen der Expertinnen und Experten annehmen müssen. Wir haben, ebenso wie viele andere natürlich auch, mit Rettungsorganisationen gesprochen, mit den Expertinnen und Experten des THW, mit den Expertinnen und Experten der DLRG, die in dem Bereich sehr geholfen hat, mit dem Roten Kreuz, mit den Johannitern und anderen Rettungsschutzorganisationen.

Deshalb sagen wir, dass diese Katastrophe die Voraussetzung dafür sein muss, in diesem Haushalt noch mehr nachzulegen – gerade vor dem Hintergrund, wenn so eine Katastrophe noch einmal passiert – was wir alle nicht hoffen.

Deshalb gibt es hier auch Ansätze. Wir haben gerade für den Bereich der Zusammenarbeit, der Vernetzung der Lagebilder und der Informationslage zwischen allen Ebenen Anträge gestellt, die zu einer besseren Vernetzung zwischen den Bezirksregierungen, der Landesebene, den Kreisen und den kreisfreien Städten führen sollen. Das ist das, was uns diese Katastrophe lehren muss.

Es ist sicherlich keine Überraschung – weder für Christos Katzidis noch für viele andere –: Die SPD-Fraktion wird diesem Haushalt nicht nur nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen, und zwar, weil wir sagen: Es ist viel Geld da, das in diesem Innenbereich auch vernünftig verwendet wird. Aber es ist die Frage, wie der Politikansatz zu bewerten ist. Aus diesem Grunde können wir diesem Haushaltsplanentwurf keine Zustimmung geben, sondern werden ihn ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Jetzt spricht Herr Dr. Katzidis für die CDU-Fraktion.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Hartmut, ich finde es faszinierend, dass die SPD-Fraktion die Zahlen, Daten und Fakten im Haushaltsentwurf mit keinem einzigen Wort kritisiert hat, sondern alle möglichen anderen fadenscheinigen Gründe vorgebracht hat, warum sie diesem Einzelplan 03 für das Innenministerium nicht zustimmen kann. Das habe ich so zur Kenntnis genommen; das war sehr eindeutig.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU] und Marc Lürbke [FDP] – Hartmut Ganzke [SPD]: Fadenscheinig? – Zuruf von der SPD: Hat nicht richtig zugehört!)

Der Kollege Zimkeit hat eben gesagt, wir würden viel versprechen, aber wenig halten. – Allein im Bereich der inneren Sicherheit haben wir seit dem Regierungswechsel 28 Wahlversprechen nicht nur eingelöst, sondern in Teilen auch weit übertroffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Also, noch mehr halten als das, was man verspricht, kann man ja schon fast gar nicht. Wir erleben gerade die fünfte Steigerung des Haushaltsplans in Folge: von 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 6,7 Milliarden Euro im Jahr 2022. Es wird also ganz klar und

unmissverständlich deutlich, dass das, was wir für die Schwerpunktsetzung damals versprochen haben, gehalten worden ist und gehalten wird – nicht nur in den Jahren 2017/2018, sondern auch darüber hinaus in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022. Wir machen genau dort weiter, wo wir angefangen haben.

Auch der Haushalt für die Polizei steigt wieder einmal um einige Millionen. Insgesamt haben wir jetzt 3,88 Milliarden Euro nur für die nordrhein-westfälische Polizei, das ist eine Steigerung von etwas mehr als 20 % gegenüber dem Jahr 2017 und macht deutlich, dass dort in allen Bereichen investiert wird.

Kollege Ganzke hat es gerade angesprochen: Wir haben die Personalsituation massiv verbessert: von 2.000 Einstellungen im Jahr 2017 auf aktuell 2.660 pro Jahr. Wir hatten 2.300 versprochen – also auch das weit übertroffen. Wir sorgen dafür, dass netto mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße kommen, dass die sichtbare Präsenz mittel- bis langfristig besser wird und sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen sicherer fühlen können – was sie im Übrigen jetzt schon tun.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

In diesem Zusammenhang haben wir auch die Hochschule für Polizei und Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen gestärkt, um dort den Studienbetrieb auch mit diesen historisch hohen Einstellungszahlen gewährleisten zu können. 500 Regierungsbeschäftigte in jedem Jahr seit 2018 sprechen ebenfalls eine klare Sprache der personellen Stärkung. Davon werden insbesondere Spezialisten zur Auswertung von Massendaten eingestellt, die heute immer mehr zunehmen, zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs – einer der kriminalpolitischen Schwerpunkte dieser Landesregierung – und vor allem auch zur Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Wir haben auch bei den Arbeitern die Stellen in allen Bereichen massiv aufgestockt, und wir investieren in die Sachmittel sowie in die Liegenschaften, was ebenfalls sehr wichtig ist. Wir alle haben schon öfter darüber diskutiert, dass gerade die Liegenschaften einen erheblichen Sanierungsbedarf haben. Dort wird mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 800 Millionen Euro allein im Bereich der Polizei sehr deutlich, dass wir dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für unsere Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen besser werden.

900 Millionen Euro für die Sachmittel, insbesondere für die Informations- und Kommunikationstechnik, für das Programm „Polizei 2020“, sprechen auch dafür, dass wir die Technik verbessern. Dies war auch dringender notwendig, denn seit 2017 haben wir erheblichen Aufarbeitungsbedarf. Damals waren wir noch bei den Notizblöcken in den Streifenwagen, die jetzt zum Glück der Vergangenheit angehören, auch wenn Frau Düker von den Grünen eben die Smart-

phones verteufelt hat und wahrscheinlich lieber bei den Notizblöcken geblieben wäre. Aber das sehen wir ein wenig anders.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie haben überhaupt nicht zugehört, Herr Katzidis!)

Wir brauchen moderne Technik, auch in den Streifenwagen, für unsere Polizistinnen und Polizisten. Das hat auch etwas mit Wertschätzung gegenüber unseren Uniformträgerinnen und -trägern zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

26,4 Millionen Euro gibt es für das Vorgangsbearbeitungsprogramm, das – zu Recht – viel Kritik erfahren hat; auch dort bessern wir nach.

Der gesamte Bereich der Polizei zeigt also sehr deutlich, dass wir einen klaren Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit setzen, so wie wir es 2017 versprochen haben, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen, auch mit der Nulltoleranzpolitik.

Aber die Polizei ist nicht der einzige Bereich im Innenressort. Die innere Sicherheit umfasst weitaus mehr. Auch die Bezirksregierungen spielen dabei eine Rolle, vielleicht nicht unmittelbar bei der inneren Sicherheit, aber gerade im Zusammenhang mit dem, was eben teilweise schon angesprochen worden ist. Die Bezirksregierungen haben im Zusammenhang mit der Pandemie und zur Milderung der Folgen eine hervorragende Arbeit geleistet. Allen Beschäftigten der Bezirksregierungen deshalb an dieser Stelle einen sehr herzlichen Dank für die super Arbeit im Zusammenhang mit der Pandemie und dem Arbeitsanfall!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Um diese Arbeitsbelastungen bei den Bezirksregierungen zu minimieren bzw. zu reduzieren, stellen wir auch dort neue Stellen zur Verfügung: 507 neue Stellen – auch das hat etwas mit Wertschätzung zu tun. Wir investieren 2 Millionen Euro in die Anmietung und Einrichtung eines Ausreisegewahrsams in Düsseldorf. Auch damit machen wir noch einmal deutlich, welche klare Strategie es mit Blick auf die Abschiebungen gibt.

Außerdem investieren wir in die Prävention, insbesondere was Jugendkriminalität betrifft, sowie in den Verfassungsschutz. Auch dabei wird sehr deutlich: Wir haben nicht nur die Polizei im Fokus, sondern auch die Bezirksregierungen, die Prävention, den Verfassungsschutz und darüber hinaus natürlich auch die Feuerwehr, zumindest in dem Bereich, in dem wir Einfluss nehmen können: Das ist vorrangig das Institut der Feuerwehr in Nordrhein-Westfalen. Dort schaffen wir mit dem Haushaltsentwurf 2022 zwölf neue Planstellen.

Die Ausgaben steigen um 6,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr, und wir sind mittlerweile bei ins-

gesamt 45 neuen Stellen, die wir seit 2017 eingerichtet haben bzw. mit dem Haushalt des nächsten Jahres einrichten werden. Die Haushaltsmittel sind seit dem Jahr 2017 um über 20 Millionen Euro gestiegen. Auch daran wird deutlich, dass wir den Beschäftigten beim Institut der Feuerwehr unsere Wertschätzung auch monetär entgegenbringen. Auch den Bediensteten am Institut der Feuerwehr an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank aus unserer Fraktion!

(Beifall von der CDU)

Natürlich beschäftigt uns der Katastrophenschutz im Moment in besonderem Maße. Neben der Coronapandemie hat uns in diesem Sommer die Hochwasserkatastrophe besonders erschüttert. Rund 23.000 Einsatz- und Hilfskräfte waren an den ersten Tagen rund um die Uhr in den Katastrophengebieten im Einsatz. Auch Ihnen gilt unser ganz besonderer Dank für diese über Tage und Wochen geleistete Arbeit und den selbstlosen Einsatz in dieser schwierigen Katastrophensituation. Dafür auch einen sehr herzlichen Dank an alle Einsatzkräfte!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Coronapandemie und die Hochwasserkatastrophe sind aber nur zwei denkbare Szenarien, mit denen wir uns leider unmittelbar beschäftigen müssen, die plötzlich auch große Menschenmengen betreffen können. Wir machen dies auch mit Blick auf den Haushalt und mögliche Szenarien der Zukunft deutlich: mit einer eigenen Titelgruppe im Bereich des Katastrophenschutzes und zusätzlichen Mitteln, die wir zur Verfügung stellen werden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir wollen auch dabei ganzheitlich denken und den Fokus nicht nur auf die Polizei und die innere Sicherheit legen, sondern mit Blick auf die Zukunft versuchen, uns möglichst optimal aufzustellen. Wir werden im Einzelnen noch diskutieren, wie dies aussieht. Wenn wir den Bericht von Herrn Broemme vorgelegt bekommen, werden wir sicher noch einmal über einzelne Maßnahmen diskutieren – sowohl im Ausschuss als auch wahrscheinlich im Plenum. Ich denke, dabei haben wir noch einiges zu tun, und wir werden unseren Teil dazu beitragen.

Kommen wir zum Abschluss kurz zu den unendlich vielen üblichen Änderungsanträgen der AfD-Fraktion. Es ist immer wieder faszinierend, wie die AfD versucht, sich jetzt schon ganz massiv Stimmen zu kaufen.

Wenn ich mal die Historie der Haushaltsdebatten betrachte:

2018: keine Änderungsanträge.

2019: Änderungsanträge in einem Volumen von 44 Millionen Euro.

2020: 96 Millionen Euro.

2021: 145 Millionen Euro.

2022 geht es noch mal weit darüber hinaus.

So viel zum Thema „Sparen“. Es ist nur ein Thema für die AfD-Fraktion. Sparen und das, was der Kollege Strotebeck hier eben zum Besten gegeben hat, passen nicht so ganz zusammen. Aber unglaublich kann man sich auch gerne selbst machen.

Ich finde es auch nicht mehr redlich, was da vonstattegeht, nämlich in allen Bereichen Dinge zu fordern, die gar nicht umsetzbar sind: 3.600 Einstellungen bei den Kommissaranwärtern. Wenn Sie sich jetzt mal die historisch hohen Zahlen anschauen, wie viele Kommissaranwärter in den Streifenwagen sitzen müssen, da weiß ich nicht, wo Sie 3.600 unterbringen wollen, angefangen bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung bis hin zu den Streifenwagen. Darunter wird die Qualität leiden. Das wird realistisch gar nicht umsetzbar sein. Das Gleiche genauso wie einige andere Dinge. Doch das nur am Rande. Wir werden natürlich demzufolge die Änderungsanträge der AfD-Fraktion ablehnen, weil es sachlich wenig Sinn macht.

Wir können gerne weiter über vernünftige Verbesserungen diskutieren. Da schwebt uns mit Blick auf die Zukunft noch das eine oder andere vor.

Ein ganz großer Bereich, mit dem wir uns sicherlich auch in der nächsten Legislaturperiode noch massiv und verstärkt beschäftigen müssen, ist die kommunale Sicherheitsverantwortung. Da haben wir noch einigen Nachholbedarf. Aber auch im Bereich der Landesverantwortung können wir noch das eine oder andere tun, und das werden wir auch tun. Wir haben bereits viel getan.

Ich hoffe deshalb, dass zumindest die Mehrheit dem Einzelplan 03 zustimmen wird, weil er eine ganz klare Schwerpunktsetzung hinsichtlich der inneren Sicherheit dokumentiert. – Danke schön, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Katzidis. – Jetzt spricht Frau Schäffer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktionsvorsitzende hat das Wort. Bitte schön.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will vorab sagen, Herr Reul, dass wir Sie natürlich bei den hohen Einstellungszahlen für die Polizei unterstützen. Die Polizei ist Trägerin des Gewaltmonopols des Staats. Sie muss gut ausgebildet sein. Sie muss gut ausgestattet sein, zum Beispiel durch eine moderne IT-Ausstattung.

Herr Katzidis, zu dem, was Sie hier gerade als Vorwürfe gegen die Kollegin Düker gebracht haben, will ich ganz klar sagen: Es ging hier darum, dass es nicht geht, dass die Ausstattung über den Rettungsschirm coronafinanziert wird, sondern natürlich aus dem regulären Haushalt finanziert werden muss. Das ist der Punkt. Aber wir sind uns einig, dass die Polizei natürlich eine gute Ausstattung braucht.

Sie muss aber auch personell gut aufgestellt sein, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, um auch die komplexen Herausforderungen, vor denen sie steht, bewältigen zu können. Ja, das kostet Geld, es kostet viel Geld. Aber ich finde, es ist gut angelegtes Geld für die Sicherheit in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushalt ist Politik in Zahlen, wie auch Kollegin Düker immer zu sagen pflegt. Haushaltsdebatten, vor allem wenn es sich um den letzten Haushalt einer Landesregierung handelt, sind immer eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen, aber auch nach vorne zu schauen, auf Herausforderungen in der Innenpolitik, die vor uns liegen.

Ich finde, die Bilanz im Bereich der Innenpolitik dieser Landesregierung ist sehr durchwachsen. 2018 gab es den größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, der auf einer offenbar rechtswidrigen Anordnung des Bauministeriums beruhte. Die Räumung der Baumhäuser führte nicht nur zum größten Polizeieinsatz, sondern auch zu einem extrem belastenden, einem sehr gefährlichen Einsatz für die Polizeibeamtinnen und -beamten. Hier wurden viele Überstunden gemacht, und hier wurde zugunsten der Interessen von RWE ein gesellschaftlicher Konflikt auf dem Rücken der Polizei ausgetragen, obwohl Gerichtsentscheidungen noch ausstanden, die Kohlekommission noch tagte und die Landesregierung sich davor drückte, nach einer Lösung zu suchen, nach einer gesellschaftlichen Lösung zu suchen. Stattdessen hat man die Polizei dort hineingeschickt. Ich halte es nach wie vor für unverantwortlich, was man da gemacht hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

2018 stand auch unter dem Zeichen der Debatte über die Änderung des Polizeigesetzes. Herr Lürbke, ja, es hat sehr viel mit Haushalt zu tun. Denn – das hat auch gerade schon der Kollege gesagt – natürlich bildet sich im Haushalt die Politik einer Landesregierung ab. Haushalt ist viel mehr als nur die nackten Zahlen, sondern hier geht es um Richtungen, wie man Polizei oder die Innenpolitik in diesem Bereich ausrichtet.

Kommen wir mal zum Polizeigesetz 2018. Denn hier sieht man ganz klar, welche Auswirkungen es konkret auf diesen Haushalt hat. Sie haben 2018 das

Polizeigesetz verschärft mit Billigung der ehemaligen Bürgerrechtspartei FDP,

(Marc Lürbke [FDP]: SPD!)

die das alles mitgetragen und mitgemacht hat. Sie haben Maßnahmen eingeführt, die empfindlich in die Bürgerrechte eingreifen. Sie haben den Staatstrojaner in Form der Quellen-TKÜ eingeführt, die die IT-Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger, von Unternehmen und von kritischer Infrastruktur gefährdet und bedroht. Sie haben die Voraussetzungen für die Videobeobachtung durch die Polizei gelockert. Herr Lürbke, das findet sich ganz explizit auch im Haushalt wieder. Denn hier geht es darum, dass die Polizei unter viel niedrigeren Voraussetzungen Videobeobachtung durchführen kann. Ich halte Videobeobachtung an sich für ein Mittel, das man anwenden kann, wenn es nicht zu Verdrängungseffekten kommt. Doch genau das wird nicht mehr ausgeschlossen durch das Polizeigesetz, und das halte ich für einen Fehler. Insofern halte ich es auch für einen Fehler, was sich im Bereich Videobeobachtung im Haushalt abbildet.

Wir dürfen gespannt sein, wie es jetzt mit dem Versammlungsgesetz weitergeht. Es ist ein Versammlungsverhinderungsgesetz, es ist kein Versammlungsfreiheitsgesetz, wie es eigentlich sein sollte. Störungen von Versammlungen sollen verboten werden. Damit werden Gegendemonstrationen praktisch unmöglich gemacht.

(Zuruf von Dr. Christos Georg Katzidis [CDU])

Die FDP hätte alles das, ohne mit der Wimper zu zucken, einfach mitgemacht, wenn nicht im Juni eine Demo eskaliert wäre, wenn wir uns nicht gerade mitten im Bundestagswahlkampf befunden hätten.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Auch das – das muss ich ganz klar sagen – ein Totalausfall der ehemaligen Bürgerrechtspartei FDP.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Aber, Herr Lürbke, Herr Pfeil, damit Sie sich nicht nur aufregen: Es gibt ja nichts Schlimmeres als eine Opposition, die nur meckert

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– gerade das wollen wir nicht –, sondern wir können auch anerkennen und wertschätzen, wenn Themen angepackt werden, die angepackt werden müssen.

Uns eint, dass die schrecklichen Missbrauchsfälle von Lügde uns aufgerüttelt haben. Es war richtig, die Struktur der Polizei zur Bearbeitung des Themas „Kindesmissbrauch“ zu verändern und anzupassen. Ich finde, wer Kindesmissbrauchsabbildungen anschauen oder Opfer vernehmen muss, der braucht gute Arbeitsbedingungen, Supervision, Gemeinschaftsräume und IT-Ausstattung. Ja, das muss uns jedes Geld wert sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Legislaturperiode war auch von der Debatte über die rassistischen Inhalte in Chats von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten geprägt. Die Stabstelle hat aus meiner Sicht einige gute Vorschläge vorgelegt, unter anderem: Fortbildungen, Supervision, Berufsrollenreflektion und viele andere Sachen. Jetzt müssen die Handlungsempfehlungen aber auch umgesetzt werden. Das ist nicht ganz trivial und hat natürlich etwas mit dem Haushalt zu tun. Denn Fortbildungen müssen nicht nur organisiert, sondern auch finanziert werden. Das ist haushaltsrelevant, es ist aber auch wichtig, denn wir brauchen eine Polizei, die für die Sicherheit aller Menschen sorgt und für alle Menschen ansprechbar ist. Deshalb müssen wir diese Themen angehen.

Aber – das möchte ich ganz klar sagen –: Wir Grüne hätten uns in dieser Legislaturperiode natürlich deutlich mehr gewünscht. Wir haben einen Gesetzentwurf für die Stelle einer oder eines Polizeibeauftragten eingebracht. Die Gegenargumente von CDU und FDP waren eher davon geprägt, uns vorzuwerfen, wir wären der Polizei gegenüber misstrauisch, anstatt sich ernsthaft mit den Argumenten auseinanderzusetzen und damit, wie es in anderen Bundesländern sehr positiv läuft. In Schleswig-Holstein zum Beispiel wenden sich viele Polizeibeamtinnen und -beamte an diese Stelle. Wir werden dieses Thema auf Wiedervorlage legen. Ich bin mir sehr sicher, dass diese Stelle in der nächsten Legislaturperiode kommen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen machen Sie – wie ich finde – solche unsinnigen Maßnahmen, wie zum Beispiel den Taser in den Regelbetrieb aufzunehmen,

(Gregor Golland [CDU]: Richtig so! Super Teil!)

obwohl die eigenen Landesoberbehörden der Polizei sehr deutlich auf die Nachteile hingewiesen haben. Der Taser ist nur in bestimmten Situationen anwendbar. In dynamischen Einsätzen oder wenn zum Beispiel Messer in einem Einsatz eine Rolle spielen, dann ist der Taser quasi gar nicht zu gebrauchen.

(Gregor Golland [CDU]: Da haben wir hart für gekämpft!)

Der Taser kostet Geld, die Anschaffung kostet Geld, und vor allen Dingen kosten die Fortbildungen Geld. Aus meiner Sicht hätte man diese Mittel besser investieren können als in die Taser. Ich halte das für eine absolute Fehlentscheidung, die Sie da getroffen haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Gregor Golland [CDU]: Eine super Waffe ist das!)

Ich möchte noch einen Blick auf den Katastrophenschutz werfen. Das Hochwasser im Juli hat uns allen

noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, dass wir dringend Veränderungen im Katastrophenschutz brauchen. Wir können uns hier in Nordrhein-Westfalen glücklich schätzen, dass wir so ein starkes Ehrenamt bei den Feuerwehren und bei den anerkannten Hilfsorganisationen haben. Das sind Einsatzkräfte, auf die wir uns verlassen können und die alles dafür tun, Menschenleben zu retten und zu schützen.

Aber die brauchen die richtigen Strukturen, um im Katastrophenfall einsatzfähig und schnell beim Einsatz zu sein. Wir brauchen rechtliche Veränderungen. Wir müssen das BHKG angehen. Wir brauchen zum Beispiel die verbindlichen Katastrophenschutzbedarfspläne für die unteren Katastrophenschutzbehörden. Wir brauchen aus meiner Sicht aber auch mehr Landeskompetenzen im Katastrophenfall. Es kann nicht sein, dass sich das Land derart aus der Verantwortung zieht, wenn eine Katastrophe eintritt.

Das bedeutet für mich auch, dass wir ein Katastrophenschutzamt auf Landesebene brauchen: entweder eine stärkere Abteilung im Innenministerium – ähnlich wie der Verfassungsschutz als Abteilung aufgestellt ist – oder ein eigenes Amt. Das kann man alles diskutieren. Klar ist: Es kostet Geld, es kostet vor allen Dingen aber Mut, und es kostet auch Tatkraft, das anzupacken und diese Diskussion jetzt zu führen – als Lehre aus der Katastrophe, die wir im Juli sehr schmerzlich hier in Nordrhein-Westfalen erlebt haben.

Wir als Grüne haben schon erste Vorschläge vorgelegt. Diese haben wir mit Feuerwehren und Hilfsorganisationen diskutiert. Wir haben unsere Zusammenarbeit angeboten – das möchte ich hier noch einmal erneuern. Das wird eine der großen Herausforderungen sein, die wir direkt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen angehen müssen.

Ich möchte noch auf eine zweite Herausforderung eingehen – sozusagen als Rückblick, aber auch als Ausblick. Das sind die Themen „Islamismus“ und „Rechtsextremismus“ als große Herausforderung der Sicherheitsbehörden, aber auch als die größten Gefahren für unsere demokratische Gesellschaft. Das wird eine Herausforderung für Verfassungsschutz und Polizei bleiben.

Auch dafür brauchen wir eine gut ausgebildete, gut ausgestattete und auch gestärkte Kriminalpolizei. Ich finde die bisherigen Ansätze dieser Regierungsfractionen und dieser Landesregierung für absolut nicht ausreichend. Sie sind nur rudimentär vorhanden. Ein Konzept haben Sie leider überhaupt nicht. Ich befürchte, dass bis zum Ende der Legislaturperiode in Sachen Kripo leider nicht mehr viel kommen wird.

Wie wir die Kriminalpolizei stärken – durch Kripomodule im Studium bei gleichzeitiger Durchlässigkeit aller Bereiche der Polizei –, wird eine der Fragen sein, die wir sehr intensiv werden diskutieren müssen.

Dieses Thema müssen wir in der nächsten Legislaturperiode angehen.

Ich komme zu meinem letzten Satz – ich weiß, ich bin schon etwas über der Zeit. Ich sehe unsere Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen dank ihrer Beschäftigten – sowohl die Polizei als auch die anderen Behörden, die den Katastrophenschutz angehen – insgesamt für gut aufgestellt. Aber klar ist: Wir haben viele, viele Herausforderungen, die aus meiner Sicht unzureichend – zum Teil auch schlecht oder gar nicht – durch diese Landesregierung angegangen wurden. Ich will auch klar sagen: Wir treten im Mai an, um diese Sachen besser zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schäffer. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Lürbke.

Marc Lürbke¹⁾ (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war schon ein schönes Schauspiel. Es war ganz interessant, zu beobachten, wie sich der Kollege Ganzke und die Kollegin Schäffer hier gewunden haben, um Ablehnungsgründe für diesen guten Haushalt zu finden.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Frau Schäffer, Sie haben hier direkt eine Wahlkampfredede gehalten. Herr Ganzke war da ein wenig differenzierter. Unter dem Strich bleibt doch folgende Erkenntnis: Sie haben im Haushalt gar nichts gefunden, was Ihnen nicht passt. Sie haben ihn sogar gelobt und stattdessen irgendwelche anderen Geschichten wie den Hambacher Forst oder das Versammlungsgesetz – alle möglichen Dinge – hervorgeholt. Wir reden heute aber über den Haushalt, an dem Sie gar nicht so viel gefunden haben, wenn Sie ehrlich sind. Der Haushalt ist gut und überzeugend.

(Beifall von der FDP)

Versprochen und gehalten – schauen Sie einfach in den Haushaltsplanentwurf, in den Einzelplan 03. Wir reden eben nicht nur über innere Sicherheit und mehr Unterstützung für unsere Einsatzkräfte, sondern wir handeln und setzen das ganz konkret um.

Wie schon in den Jahren zuvor erhöhen wir trotz der pandemiebedingten Haushaltslage auch im Jahr 2022 die Mittel für mehr Personal in den Sicherheitsbehörden. Wir statten unsere Einsatzkräfte konsequent modern aus. Wir investieren weiter ganz entschieden in Informations- und Kommunikationstechnik und renovieren die Dienststellen und Liegenschaften gleich auch noch mit.

Damit setzen wir konsequent genau das weiter um, was wir am Anfang der Legislaturperiode versprochen haben: mehr Sicherheit bei gleichzeitiger Wahrung der Freiheitsrechte in Nordrhein-Westfalen. Das ist genau die Erfolgsgeschichte dieser schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen.

Lieber Herr Kollege Ganzke, Sie fragten, was denn der Ansatz ist. Genau das ist der Ansatz dieser Koalition: die Wahrung von Freiheit und Sicherheit im Zusammenspiel. Das ist der Erfolg für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Norwich Rüste [GRÜNE]: Das warten wir mal ab!)

Das wird auch deutlich, wenn man sich den Entwurf genauer anschaut. Trotz der enormen Herausforderungen, die unser Land zu meistern hat, steigen die Investitionen im Innenressort erneut um 303 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr auf einen Rekordwert, wie wir bislang jedes Jahr einen Rekordwert erreicht haben. Mittlerweile stehen 6,7 Milliarden Euro für die innere Sicherheit zur Verfügung.

Wir investieren in kluge Köpfe, in Spezialistinnen und Spezialisten. Wir unterstützen diejenigen, die sich tagtäglich für unsere Freiheit einsetzen: 989 Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärttern oder 2.600 – diese Zahl spricht schon für sich – Stellen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtter.

Personal ist und bleibt also der Schlüssel für innere Sicherheit. Ohne Personal helfen auch die beste Technik und die beste Ausrüstung niemandem. Ich sage es noch einmal, weil man es gar nicht oft genug sagen kann: Die Jahre der schwarz-gelben Koalition bedeuten die größte Einstellungsoffensive für die Polizei in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine solche Einstellungsoffensive hat es zuvor noch nie gegeben. Dazu zählen nicht nur die Kommissaranwärtter, sondern auch die 500 Stellen für die Regieungsbeschäftigten. Im Polizeidienst sind in Summe über die Legislaturperiode hinweg schon 2.500 Stellen zur Entlastung des operativen Dienstes sowie Hunderte Stellen zur Stärkung der Polizeiverwaltung geschaffen und Spezialisten insbesondere zur Bekämpfung von Sexualstraftaten und Cybercrime eingestellt worden; das ist Personal.

Auf der anderen Seite steht die Ausrüstung. Auch dort investieren wir – ich sagte es – massiv weiter; das ist auch richtig so. Bestmögliche Schutzausrüstung, Digitalfunk, Smartphones, IT – es bewegt sich so viel. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind richtig froh darüber, dass endlich mal Schwung hinein kommt und dass sie Technik bekommen, die auch funktioniert und ihnen bei der täglichen Arbeit hilft.

Das sind die Smartphones, das ist die IT, aber das sind auch die Taser, Frau Kollegin Schäffer. In der Polizeilandschaft und unter anderem auch bei den Gewerkschaften ist man uns sehr dankbar dafür, dass wir das endlich in Nordrhein-Westfalen auch für den Streifendienst etablieren wollen. Wir stehen jetzt am Anfang, und ich glaube, das müssen wir für Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Am Ende zählt neben dem Personal bestmögliche Ausrüstung; beides zeigt im Zusammenspiel Wirkung. Es gibt noch viel zu tun, aber der positive Trend bei der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen setzt sich doch fort. Die Kriminalität verharrt auf einem Tiefstand.

Es ist eine zentrale Botschaft, dass innere Sicherheit zwar nicht käuflich ist, aber doch ihren Preis hat. Wer nicht willens ist, entsprechende Mittel zu investieren, muss sich auch über Feierlichkeiten auf der anderen Seite des Gesetzes nicht wundern, um es einmal so zu sagen. Man muss hier investieren; das ist unser Kurs.

Rechtsstaatlichkeit in unserem Land ist eben nicht nur ein Punkt unter vielen, sondern der zentrale Punkt, wenn es darum geht, einen wehrhaften und funktionierenden Rechtsstaat auf die Beine zu stellen. Sie ist die zentrale Grundlage für unser Zusammenleben, für unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung.

Wer da spart, hat nicht verstanden, was eigentlich auf dem Spiel steht. Deshalb setzen wir den Kurs fort und investieren in innere Sicherheit, was auch richtig ist.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und mich bei allen Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden bedanken, die oftmals unter wirklich sehr herausfordernden Bedingungen eine großartige Arbeit leisten. Das ist Teamarbeit. Die Mannschaftsleistung ist überragend.

Ich bleibe im Bild: Wir tun unseren Teil von der Seitenlinie aus und sorgen für die notwendige Versorgung, für Unterstützung, für eine gut besetzte Bank und für die beste Ausrüstung, die einfach mehr ist als das innenpolitische Eisspray vergangener Jahre. Ich freue mich, dass unser Konzept aufgeht.

Das ist ein wirklicher Erfolg der NRW-Koalition, denn die Herausforderungen nehmen nicht ab. Neue kommen hinzu, und es gilt, bestehenden weiter mit Nachdruck zu begegnen: Bei Extremismus, Cybercrime und Sexualstraftaten – ganz gleich, ob analog oder online – müssen wir am Ball bleiben, und da werden wir auch am Ball bleiben. Dafür bildet ein solch verlässlicher Haushalt die Grundlage.

Gerade bei Cybercrime kann man im Grunde genommen gar nicht zu viel tun. Wir stärken den

Verfassungsschutz mit zusätzlichen Stellen und investieren gleichzeitig Millionen in die digitale Ausstattung. Das ist konsequent und richtig, denn auch hier ist es wichtiger denn je, dass die Digitalisierung vorangetrieben wird, um auf Augenhöhe mit Kriminellen und Verfassungsfeinden zu sein, die eben nicht nur hohen Schaden anrichten, sondern auch ganz reales menschliches Leid verursachen.

Deshalb ist für uns ganz klar: Wir dürfen diejenigen, die unsere Bürgerinnen und Bürger schützen, nicht hängen lassen. Das machen wir auch nicht; da können Sie uns beim Wort nehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das gilt ganz genauso für die vielen Tausend Feuerwehrleute in Nordrhein-Westfalen. Für die Ausbildung werden beispielsweise mehr Planstellen am Institut der Feuerwehr zur Verfügung gestellt. Wir erhöhen auch hier die Mittel um 5,7 Millionen Euro, damit die steigende Lehrgangs- und Seminarnachfrage immer zeitnah erfüllt werden kann.

Wir investieren auch in den Erwerb von Lehr- und Lernfahrzeugen, denn wir haben bei der Flutkatastrophe leider schmerzhaft vor Augen geführt bekommen, wie dankbar wir dafür sein können, dass wir uns auf gut ausgebildete Frauen und Männer im Katastrophenschutz bei den Feuerwehren verlassen können. Wir wollen mit einer Vielzahl von Bausteinen dazu beitragen, dass das auch so bleibt und wir zukunftsfest aufgestellt sind.

Unsere Retter und Helfer in Nordrhein-Westfalen machen einen absolut unverzichtbaren Job. Ich möchte an dieser Stelle auch allen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern – ganz gleich, ob im Hauptamt oder im Ehrenamt –, allen Aktiven im Katastrophenschutz mal für ihr riesiges Engagement danken.

Wir können uns stets auf sie verlassen, und alle Retter und Helfer können sich auch auf uns verlassen. Wir arbeiten weiter daran, dass das so bleibt und so weitergeht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben in der Debatte viel gehört. Sie kritisieren viele Dinge nicht unbedingt im Haushalt, was aber selbstverständlich Teil dieser Aussprache zum Einzelplan ist; das ist manchmal auch eine Generalabrechnung.

Bleiben wir mal beim Haushalt. Mit Blick auf den Haushalt und die Punkte, die Sie hier aufgeworfen haben, kann ich nur sagen, dass wir das ganz gelassen sehen. Wir haben noch eine Menge vor. Es sind sehr viele Punkte, die wir bei der inneren Sicherheit noch machen werden. Sie können sich darauf verlassen, dass unser Politikansatz, diese Wahrung von Freiheit, die Schaffung von Sicherheit, wunderbar Hand in Hand funktioniert, und das gilt auch für die Projekte, die jetzt noch in der Pipeline sind. Dafür

sind wir angetreten, das haben wir versprochen. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind kein Selbstzweck, sondern staatliche Kernaufgabe, und diesen Weg werden wir weitergehen. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lürbke. – Jetzt hat Herr Wagner, der Vorsitzende der AfD-Fraktion, das Wort zum Einzelplan 03. Bitte schön.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Recht, Ordnung und Gesetz sind die Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaats. Dieser freiheitliche Rechtsstaat gehört zu den größten Errungenschaften in der abendländischen Geschichte. Ihn zu bewahren und auszubauen, muss also unser Ziel sein. Stattdessen aber erodiert leider das Vertrauen zu vieler Bürger in diesen Rechtsstaat. Das hat verschiedene Gründe.

Wer wie Georg Thiel beispielsweise gar keinen Fernseher besitzt und daher natürlich auch keine Zwangsgebühr dafür entrichten will, der kommt in Beugehaft. Wer aber im Görlitzer Park mit Drogen dealt, der bekommt – man fasst es kaum – ein Denkmal.

Wer an der frischen Luft, an der man sich nun wirklich nicht anstecken kann oder kaum anstecken kann, ohne Maske läuft, der wird nun schon wieder bestraft, wer aber an derselben frischen Luft als Gruppe sogenannter junger Männer Straßen und Plätze besetzt und dort Angst und Schrecken verbreitet, den lässt der Staat zu häufig gewähren.

Wer mal vergisst, ein paar Euro Steuern zu bezahlen, der wird zwangsvollstreckt, der muss zur Not auch in den Knast, wer aber bei der Einreise in unser Land über seine Identität lügt, der erhält Sozialleistungen und eine Wohnung auf Kosten genau dieser Steuerzahler.

Oder nehmen wir den gut integrierten türkischstämmigen Taxifahrer. Der ist mal ein paar Kilometer zu schnell gefahren und wird geblitzt, dann wird vollstreckt. Seinen Nachbarn, der für irgendeinen Clan unterwegs ist, den lässt man allzu häufig davonkommen.

Das sind nur ein paar ganz praktische Beispiele, noch gar nicht gesprochen über das Verletzen unserer Verfassung und der europäischen Verträge, wie es in unzähligen Gerichtsentscheidungen festgestellt werden musste.

Aber, meine Damen und Herren, das Thema heute ist etwas profaner. Mit dem heute vorgelegten Haushalt für das Innenministerium geht es los. Hier

beginnt die Möglichkeit, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu erhöhen oder weiter abzubauen.

Keine 200 Tage mehr ist Ministerpräsident Wüst noch im Amt, und er hat diese 200 Tage, um uns, den Bürgern, zu zeigen, was ihm wichtig ist und worauf er Wert legt. Heute zeigt er uns, wie wichtig oder – besser gesagt – nicht ganz so wichtig ihm die innere Sicherheit ist.

Der Haushaltsentwurf für das Innenministerium liegt also vor. Im Gegensatz zur Landesregierung stellen wir als AfD mit 12 Änderungsanträgen, von denen heute einige zur Abstimmung stehen, klar, wer hier im Haus für die Sicherheit der Bürger steht.

Denn es ist ja nun einmal so, dass CDU, SPD, Grüne und FDP die Polizei über Jahrzehnte kleingespart haben. Da beißt die Maus nun mal keinen Faden ab. Sie haben sie personell im Stich gelassen, Sie haben ihr das Weihnachtsgeld gestrichen, Sie haben ihr das Urlaubsgeld genommen, und obendrauf dürfen unsere Beamten dann auch noch eine Überstunde nach der anderen schieben. Damit – und das hätte ich heute eigentlich erwartet – muss endlich Schluss sein. Es bedarf eines klaren und eindeutigen Willens, sich vollumfänglich für unsere Polizei und damit für die Sicherheit von uns allen einzusetzen.

Als AfD haben wir die klare Analyse, weil wir auf die Polizisten und die Polizeigewerkschaften hören und ihnen zuhören. Wir haben ein Konzept, wir haben einen Plan und eine Vorstellung davon, wie wir die innere Sicherheit wieder gewährleisten werden. Damit hat der Bürger auch im Bereich der inneren Sicherheit die Wahl.

Da müssen wir zuallererst über die personelle Situation sprechen. In konkreten Zahlen bedeutet das: Wir haben gerade einmal 41.000 Polizisten für die über 18 Millionen Nordrhein-Westfalen. Wir benötigen aber – und da sind wir uns als AfD mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig – 60.000. Das ist nicht nur einfach eine Zahl, sondern das bedeutet ganz konkret mehr Sicherheit für unser Land. NRW hat nämlich weniger Polizisten pro Kopf als beispielsweise Bayern.

Herr Katzidis, wenn Sie schon unsere Änderungsanträge pauschal kritisieren, dann stelle ich mir schon die Frage, wie es denn für Sie in Ordnung sein kann, dass wir in Köln, Duisburg oder Essen weniger Polizeibeamte pro Kopf haben als in München, Aschaffenburg oder Landshut? Für uns ist das jedenfalls nicht in Ordnung, Herr Katzidis. Deswegen stellen wir genau diese Änderungsanträge.

(Beifall von der AfD)

Darüber hinaus haben wir natürlich die zusätzliche Einstellung von Kommissaranwärtern beantragt. CDU, SPD, Grüne und FDP haben das abgelehnt und werden das auch wieder ablehnen.

Natürlich müssen die, die uns schützen, auch vernünftig bezahlt werden. Ich denke da nur an die vielen Beamten in der Wechselschicht. Was heißt das? – Diese Polizisten kommen mal morgens in der Früh nach Hause, dann mittags und am nächsten Tag irgendwie abends. Ich weiß nicht, ob Sie sich alle das vorstellen können, was das für den Schlafrhythmus des Einzelnen bedeutet, aber auch für dessen Familie und damit natürlich auch für die Zufriedenheit im Job und im Leben und – das muss ja auch gesehen werden – für die Attraktivität des Berufsbildes. Wir haben daher folgerichtig beantragt, die Wechselschichtprämie endlich zu erhöhen. Mit uns hat jeder Polizist und jede Polizistin im Schichtdienst 200 Euro monatlich mehr in der Tasche. Das, meine Damen und Herren, nenne ich echte Wertschätzung.

(Beifall von der AfD)

Dass Sie das ablehnen, können sich die Polizisten für den Wahltag merken.

Das Gleiche gilt übrigens für die Kollegen der Bereitschaftspolizei und die Tutoren, die unsere jungen Kommissaranwärter ausbilden. Auch dazu dreimal Nein von Ihnen, dreimal Nein zur Wertschätzung der Arbeit dieser Beamten.

Herr Witzel sprach vorhin davon, dass man sich hier auf die Kernkompetenzen konzentrieren würde. In Wirklichkeit konzentrieren wir uns auf die Kernkompetenzen, weil wir mit unseren Anträgen zum einen den Etat für den Bereich Inneren deutlich erhöhen und zum anderen noch einen deutlichen Einspareffekt im Haushalt erwirken würden.

Sie geben jeden Tag Millionen für Firlefanz, für unsinnige Integrationsprojekte, für teure Genderlehrstühle und für was weiß ich nicht alles aus. Für unsere Leute, für die Sicherheit Nordrhein-Westfalens, gibt es von Ihnen aber nur Ablehnung. Das ist für mich keine Konzentration auf die Kernkompetenzen eines Staates.

(Beifall von der AfD)

Die selbst ernannten Klimaaktivisten sprechen jetzt von einer neuen RAF. Sie drohen also ganz offen mit Terror. Unser Antrag, nun endlich auch das Feld des Linksextremismus polizeilich besser zu bearbeiten, wird allerdings abgelehnt, auch von CDU und FDP. Das ist mehr als unschön.

Das Schöne ist aber ja, dass der Bürger die Wahl hat.

Wer will, dass die Polizei Überstunden schiebt, dass Nordrhein-Westfalen 19.000 Polizisten zu wenig hat und dass das so bleibt, der hat CDU, Grüne, SPD und FDP, also die heilige Vierfältigkeit.

Wer hingegen dafür ist, dass wir die innere Sicherheit endlich vollumfänglich gewährleisten und dass wir die Polizisten anständig bezahlen, der hat uns, die AfD.

Wer kriminelle und illegale Ausländer im Regelfall im Land belassen möchte, der hat CDU, FDP, SPD und Grüne.

Wer hingegen an den guten Ruf der hier gut assimilierten Menschen ausländischer Herkunft denkt und den freiheitlichen Rechtsstaat für wichtiger erachtet als sogenannte politische Korrektheit, der hat uns.

Wer die Polizei dafür einsetzen will, Kinder vom Schlitten und Rentner von der Parkbank zu vertreiben, wie wir es wegen der unsinnigen Coronamaßnahmen erleben mussten und mutmaßlich in Zukunft wieder erleben werden müssen, der hat Schwarz, Rot, Grün oder Gelb.

Wer die Polizei hingegen lieber auf echte Verbrecherjagd gehen lässt, der hat – Sie wissen es schon; Sie ahnen es bereits – die AfD.

Meine Damen und Herren, Friedrich Merz stellt fest: Die AfD ist die Partei der Polizisten und Soldaten. – Ja, das sind wir, und zwar uneingeschränkt. Wir sind es, weil wir die Arbeit der Frauen und Männer schätzen, die für unsere äußere und innere Sicherheit sorgen wollen.

Für uns steht die Sicherheit der Bürger an erster Stelle. Wir wollen, dass jeder Mann, jede Frau auch nachts in Sicherheit mit der U-Bahn nach Hause kommt. Wir wollen – im Gegensatz zu dem, was beispielsweise hier in Düsseldorf und in anderen Städten geschieht –, dass wir in unseren Innenstädten zu jeder Uhrzeit durch jede Straße, über jeden Platz laufen können, ohne uns unsicher fühlen zu müssen.

Wir wollen unsere Grenzen intelligent schützen, um einreisenden Verbrecherbanden ihre kriminelle Arbeit endlich einmal zu erschweren – egal, ob Marokkaner aus den Niederlanden, die hier Geldautomaten in die Luft sprengen, oder Einbrecher vom Balkan, die es auf unsere Wohnungen abgesehen haben.

Sie mögen all das für rechtspopulistisch halten. Wir halten das für normal. Diese Normalität werden wir umsetzen, sobald wir regieren werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul¹⁾, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Bei der Haushaltsdebatte 2017 hat Lutz Lienenkämper, der Finanzminister, gesagt: „Wir reparieren heute Fehler, [...] aber wir beginnen gleichzeitig mit der Gestaltung der Zukunft in Nordrhein-Westfalen.“ Genau das haben wir in den letzten Jahren gemacht, und zwar Stück für Stück.

Herr Wagner, wissen Sie, ich glaube, um die Zukunft im Sinne eines funktionierenden und starken Rechtsstaats zu gestalten, ist der Weg, den wir gehen – Schritt für Schritt weiter – besser, als dicke Sprüche zu kloppen und Versprechungen zu machen, die man nicht halten kann.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Zweite Bemerkung: Ich glaube, ich kann meine Rede gar nicht halten, weil ich eine so außergewöhnliche, merkwürdige, besondere Haushaltsdebatte eigentlich noch nie erlebt habe. Von allen Fraktionen haben alle, die geredet haben, gesagt, im Haushaltsplan sei alles richtig – mit dem Geld, der Verstärkung des Personals, der besseren Ausstattung.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Ja, Ihnen war es nicht genug. Sie wollten noch mehr. – Alles war bestens. Kritisiert wurden Details, und dann auch noch unterschiedliche Details.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Wir sind ja auch unterschiedliche Fraktionen!)

– Es wäre ja auch komisch, wenn wir alle einer Meinung wären, Frau Schäffer.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Richtig!)

Dann würden uns doch sofort alle Leute wählen. Das ist ja einfach.

(Beifall von der CDU – Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Dr. Christian Blex [AfD])

Jetzt würde ich gerne noch zu ein paar Aspekten etwas sagen.

Wir haben einen Personalzuwachs von 15.020 Mitarbeiterinnen, die wir in den Polizeidienst eingestellt haben. Davon haben Sie 2017 doch alle nur geträumt. Das ist doch die Wahrheit.

(Wolfgang Jörg [SPD]: 2005 haben auch Sie davon nur geträumt!)

Wir haben eine Trendwende erreicht. Die Polizei wächst dieses Jahr wieder. Sie reduziert sich nicht, sondern wächst. Das ist ein qualitativer Unterschied, der überhaupt nicht zu übersehen ist.

Wer das bös beschreibt, schlecht beschreibt, mies redet ... Fragen Sie einmal die Polizisten. Fragen Sie einmal die Bürger. Die Wirklichkeit ist eine andere. Das werden Sie nicht kaputtreden können.

Wer sich anschaut, was wir im Bereich der Inhalte, der Ausstattung gemacht haben, sieht, dass wir die Sachausgaben um fast 932 Millionen Euro haben steigen lassen.

Wir haben mit 6,7 Milliarden Euro das höchste Budget für den Innenhaushalt, das es in der Geschichte Nordrhein-Westfalens je gegeben hat.

Man kann von mir aus sagen, man könnte immer noch mehr machen. Aber dass Sie im Grunde alle gesagt haben, es sei ordentlich und gut, und dann einzelne Aspekte, über die wir gleich gerne noch reden können, kritisiert haben, finde ich schon überraschend. Ich muss auch sagen, dass mich das richtig freut, weil damit im Grunde alle sagen, dass das ein guter und richtiger Weg ist.

Bei den Sachausgaben haben wir eine Steigerung. Den IT-Bereich haben wir mit 300 Millionen Euro mehr ausgestattet. Die Zeiten von Wählscheibe und Faxgerät sind vorbei. Heute gilt: Smartphone und App von unterwegs. – Qualitativ hat sich da wahnsinnig viel verändert.

Wie war das mit den Wachen? Als ich begonnen habe, wurde mir in der Friedrichstraße erzählt: Wir haben da ein Defizit, bröckeligen Putz, Ratten in den Polizeiwachen. – Das Defizit betrug 3 Milliarden Euro. Wir haben schon 1 Milliarde Euro investiert. Jetzt haben wir wieder 800 Millionen Euro im Haushaltsplan stehen. Es stimmt, dass das immer noch nicht genug ist. Es ist aber doch ein irrer Sprung, den wir da gemacht haben. Es ist eine wahnsinnige Verbesserung beim Investitionsstau.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jeder Polizist, der jetzt da sitzt und nicht mehr zum Duschen nach Hause gehen muss, sondern das nun in der Wache machen kann, weil die Dusche dort wieder in Ordnung ist, wird Danke schön sagen. Da bin ich ausgesprochen sicher. Und das ist auch richtig so.

Nun sagten Sie, um das Geld sei es gar nicht gegangen; das alles sei gar nicht wichtig; es gehe um die Inhalte. Aber auch die Inhalte haben sich geändert. Mittlerweile weht doch ein ganz anderer Geist. Das will ich schon behaupten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Genau das!)

Es ist ein ganz anderes Konzept. Wenn ich von Nulltoleranz und konsequentem Handeln der Polizei gesprochen habe, haben Sie das immer kritisiert und erzählt, ich wolle mit dem Panzer durch die Städte fahren. Sie haben nicht wahrgenommen, was dahinter wirklich steckt: nämlich konsequent gegen Rechtsbrüche vorzugehen, und zwar immer, überall und gegen jedermann.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist das Konzept. Es gilt für alle, übrigens auch für Leute im Hambacher Forst, damit wir das auch einmal geklärt haben. Sie werden davon nicht ausgenommen; da gibt es kein Sonderrecht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum sind die dann alle jetzt da?)

Natürlich kann man das unterschiedlich bewerten. Die einen finden es gut, die anderen weniger gut oder schlecht. Ich glaube zum Beispiel, dass Frau Schäffer das, was wir bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch gemacht haben, gar nicht so schlecht findet.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das habe ich doch gerade ausdrücklich betont!)

– Ja, sage ich doch. Das ist doch prima. Ich finde das wunderschön und freue mich darüber, wenn wir das dann auch gemeinsam machen. Im Bereich der inneren Sicherheit lebt nämlich ausgesprochen vieles davon, dass man es gemeinsam macht und gemeinsam anpackt.

Beim Polizeigesetz unterscheiden wir uns. Das gilt aber auch nur für die Grünen und uns. Die SPD hat mitgestimmt. Da gibt es also keinen Disput.

Beim Versammlungsgesetz warten wir noch einmal ab.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Es ist mitten in den parlamentarischen Beratungen. Warten wir einmal ab, was am Ende vorgelegt wird und wer dann noch dagegen ist und wer dafür stimmt. Ich bin sehr gespannt.

Das war schon alles. Dann gab es noch den Hinweis, bei der Flut bzw. beim Katastrophenschutz wäre etwas falsch gelaufen. Frau Schäffer, Sie haben einen interessanten Satz gesagt, nämlich, dass das Land mehr Kompetenzen brauche. Gleichzeitig haben Sie gesagt, die Landesregierung habe in dem Fall zu wenig gemacht.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja!)

– Stimmen kann aber nur eines: A oder B.

(Widerspruch von Verena Schäffer [GRÜNE])

Wenn Sie sagen, wir müssten mehr Kompetenzen haben, können Sie uns doch nicht vorwerfen, dass wir die Kompetenzen, die wir nicht hatten, nicht angewendet haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie hätten die Instrumente nutzen sollen, die Sie in der Hand haben! – Zurufe von Jochen Ott [SPD] und René Schneider [SPD])

Sie haben darauf hingewiesen, dass es in dem Sinne super gelaufen sei, dass dort 24.000 Menschen unterwegs gewesen seien und gut gearbeitet hätten. Es haben sich alle bei ihnen bedankt und gesagt, das sei großartig gewesen.

Aber es ist nicht nur deshalb großartig gelaufen, weil das tolle und hoch engagierte Leute waren, sondern auch deshalb, weil die Strukturen ordentlich waren.

Sonst wäre es schließlich ein Chaos gewesen. Und es war kein Chaos.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Es war ja auch ein Chaos!)

– Es war nicht gut genug. Da bin ich ja bei Ihnen. Man muss immer darüber nachdenken, wie man noch besser werden kann. Aber in viereinhalb Jahren kann man nicht die ganze Welt neu bauen. Es geht nur Stück für Stück. Ich meine schon, dass der Katastrophenschutz eine dicke Baustelle ist. Das habe ich nie bestritten. Wir werden da noch einiges tun müssen. Aber ich frage schon zurück: Wer hat den Katastrophenschutz denn zuvor organisiert? Ich doch nicht. Ich habe den Katastrophenschutz nicht so organisiert, wie er heute ist.

(Sven Wolf [SPD]: Was machen Sie eigentlich beruflich? – André Stinka [SPD]: Wie oft wollen Sie sich darauf noch berufen?)

Zu der Zeit, als der Katastrophenschutz organisiert worden ist, haben andere die Mehrheit gehabt. Sie haben das so entschieden.

Übrigens hat diese Landesregierung erstmals überhaupt einen eigenen Titel für Katastrophenschutz im Haushalt eingerichtet. Den hatten Sie doch überhaupt nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Verbesserungspotenzial ist vorhanden. Da bin ich bei Ihnen. Ich habe auch gesagt: Es ist nicht alles richtig gelaufen. – Das alles habe ich doch gesagt. Aber an der Stelle derer, die ein paar Jahre regiert haben und für die Strukturen, die es heute gibt, verantwortlich sind, würde ich nicht so laut schreien und meckern, sondern sagen: Wir haben auch einen Teil der Verantwortung dafür, wie der Katastrophenschutz heute aussieht und wie er strukturiert ist.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Im Ergebnis können wir ganz schön stolz darauf sein, was die Menschen in dieser Zeit geleistet haben. Das bedeutet nicht, selbstzufrieden zu sein. Aber es heißt, dass wir eine ganze Menge bewegt haben.

Was wir im Bereich von Feuerwehren und Brandbekämpfung investiert haben, ist außerordentlich. Mir fällt auch dort noch vieles ein, was man zusätzlich machen kann. Aber es ist außerordentlich, dass wir nun den zweiten Standort des Instituts in Düren haben und wir jetzt nicht mehr nur an einer, sondern an zwei Stellen die Möglichkeit haben, Feuerwehrleute zu schulen. Die finanzielle Ausstattung und die Ausstattung mit Geräten sind verbessert worden. Der Landeszuschuss zur Förderung des Feuerschutzes im Haushalt umfasst 41 Millionen Euro.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich bedanke mich bei Ihnen allen dafür, dass Sie den Haushalt in den Zahlen nicht kritisiert haben. Das fasse ich als Lob auf.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Zweitens bedanke ich mich für die kritischen Anmerkungen in bestimmten Teilen. In einigen Teilen werden wir unterschiedlicher Meinung bleiben. Bei dem politischen Konzept der Nulltoleranz habe ich eben eine andere Auffassung als andere in diesem Parlament. Das ist der Unterschied, und der bleibt auch bestehen.

Bezüglich anderer kritischer Bemerkungen, die Sie zur Verbesserung im Katastrophenschutz und zur Verbesserung der Bekämpfung von Kindesmissbrauch gemacht haben, bin ich bei Ihnen und für jeden guten Tipp dankbar. Das können wir auch gerne gemeinsam machen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, Stefan Lenzen [FDP], Angela Freimuth [FDP] und Marc Lürbke [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Da wir nach 14 Uhr haben, werden wir jetzt auch zur Abstimmung über den Einzelplan 03, Ministerium des Innern, kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15703, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Wir stimmen aber zunächst noch über die Änderungsanträge ab.

Wir stimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15741 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15741 abgelehnt.**

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15740 ab. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das ist die AfD. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15740 abgelehnt.**

Wir stimmen drittens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15744 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15744 abgelehnt.**

Wir stimmen viertens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15742 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? –

Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15742 abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15743 ab. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15743 abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den Einzelplan 03 ab. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung, wie gerade festgestellt, angenommen**.

Bevor ich nun den Einzelplan 10 aufrufe, kommen wir noch zur Abstimmung über den Einzelplan 12, Ministerium der Finanzen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15712, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir müssen noch über die **mittelfristige Finanzplanung** befinden. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15718, die Finanzplanung 2021 bis 2025 zur Kenntnis zu nehmen.

(Angela Freimuth [FDP]: Das macht man doch erst zum Schluss!)

– Eigentlich zum Schluss. Ich weiß auch nicht, warum es hier vorgesehen war. – Ich stelle das zurück, bis wir dann durch sind.

(Es erfolgt ein Hinweis der Landtagsverwaltung an den Präsidenten.)

Es war richtig, das an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe auch gesehen, dass wir es gemeinsam **zur Kenntnis genommen** haben. – Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15710 sowie auf die Änderungs-

anträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksachen 17/15727 bis 17/15733.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Schneider das Wort.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist der letzte Haushalt, den der Landtag in dieser Wahlperiode beraten und beschließen wird. Ich hätte mir für den Bereich „Umwelt und Naturschutz“, ganz offen gesagt, mehr erhofft.

Dafür, dass der Haushalt 2022 nicht auch ein Reifall für die Landwirtschaft wird, will die Regierungskoalition mit ihren Änderungsanträgen von vergangener Nacht noch auf der Schlussgeraden sorgen.

Viel hilft viel? – Ich denke nicht. Denn die Landwirtinnen und Landwirte haben sich längst in Scharen von Ihnen abgewandt.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Oh! – Lachen von Henning Höne [FDP])

Was Ihnen fehlt, ist eine klare politische Richtung, wohin es gehen soll. Gegen etwas zu sein, ist leicht. Aber wofür will NRW stehen?

Wenn es noch eines Beweises für die Wursteligkeit der Regierungskoalition bedurft hätte, dann ist das der Entschließungsantrag zur Volksinitiative Artenvielfalt, der heute Nacht zusammen mit einem Sack voller Haushaltsanträge kam. Es ist keine Diskussion möglich – ein Zeichen der Orientierungslosigkeit. Das ist schade, weil auch viele Menschen im Land derzeit orientierungslos sind, da wir in einer Zeit voller Kontroversen eine Polarisierung erleben, die so noch nie da gewesen ist. Es scheint, dass man nur für oder gegen etwas sein kann.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Schwarz oder weiß wird die Welt gezeichnet, und wir müssen uns entscheiden. Wer nicht für eine Sache ist, muss zwangsläufig gegen sie sein. Wenn ich also ein Plus von 2 Millionen Euro für die Beratung von Schweinehalterinnen und Schweinehaltern als unvermittelt kritisiere, dann werde ich mir hier wieder anhören müssen, dass ich ja wohl gegen Landwirtschaftskammern und Tierhalterinnen sei. Ich meine, das muss aufhören, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir als SPD-Landtagfraktion haben ein Positionspapier auf den Weg gebracht, das im Bereich der Landwirtschaft viele Akteurinnen und Akteure miteinander versöhnt, anstatt sie zu splaten.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Wer? Sie?)